

Sitzung des Gemeinderates

- öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 14.09.2023

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Schriftführer Felix Kinzinger		
Gremiumsmitglieder: Manfred Axenbeck Saran Diané Dr. Günther Ernstberger Sabine Fister Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Claudia Leitner Günter Peischl Marianne Rader Jutta Schödl Peter Scholler Philipp Schwarz Heide Veit Thomas Weingärtner Veit Wiswesser Johann Zehetmair Stefan Zehetmair		
	Manuel Prieler Johannes Mecke Gisela Fischer	

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Gertrud Mörike Klara Mörike Simone Spratter	
---	--

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass in heutiger nichtöffentlicher Sitzung der Tagesordnungspunktes 13 der öffentlichen Sitzung „Neubau Rathaus Unterföhring; Abweichende Hochbauplanung zum gültigen Bebauungsplan Nr. 84/16 „Unterföhringer Ortsmitte“, Aufstellung eines Änderungsbebauungsplanes“ einstimmig abgesetzt wurde.

Vor Einstieg in die Tagesordnung gratulierte der Vorsitzende dem Gemeinderatsmitglied Herrn Schwarz zur Geburt seiner zweiten Tochter.

Des Weiteren wurde Herr Paul – als neuer Kämmerer in der Gemeinde Unterföhring begrüßt

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

462 18 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschriften**

Beschluss: 18 : 0

Die Niederschriften aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 15.06.2023, 13.07.2023 und 20.07.2023, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden sind, werden genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

463 18 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüsse wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

AZ 024
Hauptamt

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

18 **Ortsrecht:**

AZ 0241
Hauptamt

464 18 **Ortsrecht:**
Ergänzung Jugendbeiratssatzung - Zahlung einer Pauschale für
sitzungsunabhängige Tätigkeiten

Der Gemeinderat hat für die Schaffung eines Jugendbeirats eine Satzung für den Jugendbeirat der Gemeinde Unterföhring erlassen.

Letztmalig wurde diese Satzung mit Gemeinderatsbeschluss Nr. 430 am 11.05.2023 inhaltlich angepasst.

Unter Punkt 5 der Satzung ist die Entschädigung der gewählten Jugendbeiratsmitglieder geregelt. Die Mitglieder erhalten pro Teilnahme an einer Sitzung des Jugendbeirats eine entsprechende Entschädigung.

Seitens der Verwaltung sowie des Jugendbeirats ist bei der diesjährigen Sitzungsgeldabrechnung die Frage aufgekommen, ob die Teilnahmen an Baubesprechungen sowie die Teilnahme an Workshops und Arbeitsgruppen im Zuge der gemeindlichen Neubau- und Sanierungsprojekten etc. als Sitzungen angesehen werden können und somit Sitzungsgeld gezahlt werden kann.

Gemäß der aktuellen Satzung kann hier kein Sitzungsgeld gezahlt werden, da es sich um sitzungsunabhängige Tätigkeiten des Jugendbeirats handelt. Aktuell sieht die Satzung keine Vergütung bzw. Entschädigung für solche sitzungsunabhängigen Tätigkeiten / Teilnahmen vor.

Da der Jugendbeirat außerhalb bzw. zusätzlich zu Ihren Sitzungen (nach Nr. 6 der Jugendbeiratssatzung) ehrenamtlich an diversen Sitzungen und Besprechungen der Gemeinde teilnimmt, schlägt die Verwaltung vor, eine Regelung zu schaffen, wonach alle Mitglieder des Jugendbeirats eine halbjährliche Pauschale in Höhe von 100,- € für sitzungsunabhängige Tätigkeiten gewährt werden soll.

Die Verwaltung schlägt vor, folgenden neuen Punkt 5.1.1. in der Satzung des Jugendbeirats aufzunehmen:

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

„5.1.1.

Zum Ausgleich der Aufwendungen für weitere sitzungsunabhängigen ehrenamtlichen Tätigkeiten erhalten die Mitglieder des Jugendbeirats eine halbjährliche pauschale in Höhe von 100,- €.“

Die Satzung (Stand 05.09.2023) mit der Aufnahme des neuen Punktes 5.1.1. tritt zum 01.10.2023 in Kraft. Dementsprechend tritt die Satzung vom 12.05.2023 mit Wirkung zum 30.09.2023 außer Kraft.

Der Entwurf der ergänzten Satzung wurde den Gemeinderatsmitgliedern im Vorfeld der Sitzung zugestellt. Die beschlossene neue Satzung wird als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Die Auszahlung der zusätzlichen Entschädigung für das zweite Halbjahr 2023 erfolgt noch im Jahr 2023.

Beschluss: 18 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Vorschlag der Verwaltung zur Kenntnis und nimmt folgenden neuen Punkt 5.1.1. in der Satzung des Jugendbeirats auf:

„5.1.1.

Zum Ausgleich der Aufwendungen für weitere sitzungsunabhängigen ehrenamtlichen Tätigkeiten erhalten die Mitglieder des Jugendbeirats eine halbjährliche pauschale in Höhe von 100,- €.“

Die Jugendbeiratssatzung (Stand 05.09.2023) tritt mit Wirkung vom 01.10.2023 in Kraft und wird als Anlage der Niederschrift beigelegt.

Die Jugendbeiratssatzung vom 12.05.2023 tritt mit Wirkung vom 30.09.2023 außer Kraft.

AZ 0241
Hauptamt

Ortsrecht:

465

18

Ergänzung Seniorenbeiratssatzung - Zahlung einer Pauschale für sitzungsunabhängige Tätigkeiten

Der Gemeinderat hat für die Schaffung eines Seniorenbeirats eine Satzung für den Seniorenbeirat der Gemeinde Unterföhring erlassen.

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Zuletzt wurde die Satzung mit Gemeinderatsbeschluss Nr. 267 vom 10.03.2022 inhaltlich geändert und angepasst.

Unter Punkt 5.4 der Satzung ist die Entschädigung der gewählten Seniorenbeiratsmitglieder geregelt. Die Mitglieder erhalten pro Teilnahme an einer Sitzung / Arbeitsbesprechung des Seniorenbeirats eine entsprechende Entschädigung.

Seitens der Verwaltung ist bei der diesjährigen Sitzungsgeldabrechnung die Frage aufgekommen, ob die Teilnahmen an Baubesprechungen sowie die Teilnahme an Workshops und Arbeitsgruppen im Zuge der gemeindlichen Neubau- und Sanierungsprojekten etc. als Sitzungen angesehen werden können und somit Sitzungsgeld gezahlt werden kann.

Gemäß der aktuellen Satzung kann hier kein Sitzungsgeld gezahlt werden, da es sich um sitzungsunabhängige Tätigkeiten des Seniorenbeirats handelt. Aktuell sieht die Satzung keine Vergütung bzw. Entschädigung für solche sitzungsunabhängigen Tätigkeiten / Teilnahmen vor.

Da der Seniorenbeirat außerhalb bzw. zusätzlich zu Ihren Sitzungen (nach Nr. 6.1 der Seniorenbeiratssatzung) ehrenamtlich an diversen Sitzungen und Besprechungen der Gemeinde teilnimmt, schlägt die Verwaltung vor, eine Regelung zu schaffen, wonach die Mitglieder des Seniorenbeirats eine halbjährliche Pauschale in Höhe von 100,- € für sitzungsunabhängige Tätigkeiten gewährt werden soll.

Die Verwaltung schlägt vor, folgenden neuen Punkt 5.4.1. in der Satzung des Seniorenbeirats aufzunehmen:

„5.4.1.

Zum Ausgleich der Aufwendungen für weitere sitzungsunabhängige ehrenamtliche Tätigkeiten erhalten die Mitglieder des Seniorenbeirats eine halbjährliche pauschale in Höhe von 100,- €.“

Die Satzung (Stand 05.09.2023) mit der Aufnahme des neuen Punktes 5.4.1. tritt zum 01.10.2023 in Kraft. Dementsprechend tritt die Satzung vom 11.03.2022 mit Wirkung zum 30.09.2023 außer Kraft.

Der Entwurf der ergänzten Satzung wurde den Gemeinderatsmitgliedern im Vorfeld der Sitzung zugestellt. Die beschlossene neue Satzung wird als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Die Auszahlung der zusätzlichen Entschädigung für das zweite Halbjahr 2023 erfolgt noch im Jahr 2023.

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 18 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Vorschlag der Verwaltung zur Kenntnis und nimmt folgenden neuen Punkt 5.4.1. in der Satzung des Seniorenbeirats auf:

„5.4.1.

Zum Ausgleich der Aufwendungen für weitere sitzungsunabhängige ehrenamtliche Tätigkeiten erhalten die Mitglieder des Seniorenbeirats eine halbjährliche Pauschale in Höhe von 100,- €.“

Die Seniorenbeiratssatzung (Stand 05.09.2023) tritt mit Wirkung vom 01.10.2023 in Kraft und wird als Anlage der Niederschrift beigelegt.

Die Seniorenbeiratssatzung vom 11.03.2022 tritt mit Wirkung vom 30.09.2023 außer Kraft.

AZ 0241
Hauptamt

18 Anträge der SPD-Fraktion:

AZ 0241
Hauptamt

466 18 Anträge der SPD-Fraktion: Antrag zur Bewerbung der Unterförhringer Richtlinien zur Erreichung einer sozial- und bedarfsgerechten Wohnraumnutzung

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag der SPD Fraktion zur Bewerbung der Unterförhringer Richtlinien zur Erreichung einer sozial- und bedarfsgerechten Wohnraumnutzung vom 16.06.2023, eingegangen am 16.06.2023, mit folgendem Inhalt bekannt:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Gemeindeverwaltung möge durch weitere, gezielte Informationsmaßnahmen die Unterförhringer Richtlinien zur Erreichung einer sozial- und bedarfsgerechten Wohnraumnutzung im Hinblick auf Wohnungstausch bekannt machen.

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Eine Anlaufstelle zur Beratung von interessierten Seniorinnen und Senioren innerhalb der Gemeindeverwaltung soll benannt werden.

Begründung:

Die Auswertung der Bürgerbefragung durch die Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung GmbH (AIA) aus dem Januar 2021 hat gezeigt, dass ein Teil der befragten Seniorinnen und Senioren ab 55 Jahren bereits darüber nachgedacht hat, ob für sie jetzt oder später ein Umzug innerhalb der Gemeinde in Frage käme. Als möglicher Umzugsgrund wurde an erster Stelle der Wunsch nach einer barrierefreien Wohnung genannt. Ein weiterer Grund war, dass die jetzige Wohnung zu groß sei.

Von den an einem Umzug interessierten Personen wird laut Befragung eine Wohnanlage mit unterschiedlichen Generationen einer Anlage nur für Seniorinnen und Senioren vorgezogen.

Eine zentrale Lage und nachbarschaftlicher Zusammenhalt sind wichtige Aspekte für die Wohnsituation.

Von 3.104 ausgegebenen Fragebögen konnten 1.513 in die Auswertung eingehen.

Die Frage - Kennen Sie die Unterföhringer Richtlinien zur Erreichung einer sozial- und bedarfsgerechten Wohnraumnutzung?* - beantworteten 1.483 Personen laut Auswertung, davon 1.183 mit Nein (dies entspricht 82,6%).

Selbst wenn sich der Bekanntheitsgrad der Richtlinien zwischenzeitlich verbessert hat, ist sicherlich ein weiterer, gezielter Informationsbedarf zum Thema Wohnungstausch und Mietpreis-Mitnahme nötig.

Im Hinblick auf den Bau der neuen Wohnanlage an der Münchner Straße (ehemals „Wehnerhof“) sollte dies baldmöglichst erfolgen, um älteren Personen genügend Zeit zu geben sich mit einer eventuell neuen Wohnsituation vertraut zu machen.

Ein Vorschlag der SPD Fraktion wäre Seniorinnen und Senioren, die laut Richtlinien für einen Wohnungstausch in Frage kommen, persönlich einen Informationsbrief zu schicken. Diesem könnte eine Einladung in den Feringasaal zu einer bildhaften Präsentation der neuen Wohnanlage an der Münchner Straße beigefügt werden.

Ein Wohnungstausch aus Überzeugung wäre unter anderem ein wichtiger Baustein zur Erreichung einer sozial- und bedarfsgerechten Wohnraumnutzung.

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 16.06.2023 wurde dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 18 : 0

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Gemeindeverwaltung möge durch weitere, gezielte Informationsmaßnahmen die Unterföhringer Richtlinien zur Erreichung einer sozial- und bedarfsgerechten Wohnraumnutzung im Hinblick auf Wohnungstausch bekannter machen.

Eine Anlaufstelle zur Beratung von interessierten Seniorinnen und Senioren innerhalb der Gemeindeverwaltung soll benannt werden.

AZ 0241
Hauptamt

467

18

Anträge der SPD-Fraktion:

Antrag auf Information zum aktuellen Sachstand des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes und weiteres Vorgehen

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag der SPD-Fraktion zur Information zum aktuellen Sachstand des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes und weiteres Vorgehen vom 16.06.2023, eingegangen am 16.06.2023, mit folgendem Inhalt bekannt:

Der Gemeindeart möge beschließen

Die Gemeindeverwaltung möge den Gemeinderat in einer Sondersitzung über den derzeitigen Sachstand des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes (SPGK) informieren und Fragen zum weiteren Vorgehen beantworten.

Begründung:

Die Arbeit an der Entwicklung unseres Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes (SPGK) soll zielorientiert weitergeführt werden. Viele Faktoren spielen ineinander, müssen priorisiert und trotz unterschiedlicher Zeitpunkte der möglichen Umsetzung parallel bedacht werden.

Ein wichtiger Kern der Sondersitzung sollte der Vertrag des derzeitigen Betreibers unseres Seniorenzentrums sein.

Der Betreibervertrag, sowie eine mögliche Änderung des Betreiberkonzeptes sollen dringend dem Gemeinderat erläutert werden, um vor Vertragsende durch das Gremium frühzeitig eine Entscheidung für ein weiteres Vorgehen herbeizuführen.

Eine wichtige zu klärende Frage wäre: „Kann auf dem Gelände des derzeitigen Feuerwehrhauses zukünftig ein naheliegendes Gebäude zum Seniorenzentrum entstehen, um einen benötigten Pflegebereich abzudecken? Kann dieser

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bereich in das Betreiberkonzept des Seniorenzentrums mit einbezogen werden?

Ein weiteres Thema könnte ein Bericht der Verwaltung zum Stand der Planungen des Mehrgenerationenzentrum auf dem Gelände des aktuellen Rathauses sein.

Die Gemeindeverwaltung wurde in der Sitzung vom 12.01.2023 beauftragt Kontakt zu den vorgesehenen Gremien aufzunehmen und ein entsprechendes Nutzungskonzept zu erarbeiten.

Viele Fragen müssen im Zusammenhang gesehen werden.

Außerdem muss die Schaffung von weiteren Möglichkeiten für Betreuung und Pflege von betroffenen Unterföhringer Bürgerinnen und Bürger dringend in der Finanzplanung berücksichtigt werden.

Beschluss: 18 : 0

Die Gemeindeverwaltung möge den Gemeinderat in einer Sondersitzung über den derzeitigen Sachstand des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes (SPGK) informieren und Fragen zum weiteren Vorgehen beantworten.

AZ 0241
Hauptamt

468

18

Empfehlungsbeschluss aus dem Finanzausschuss; Weitere Vorgehensweise Projekt Sportpark Unterföhring

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss des Gemeinderates vom 16.07.2020, Nr. 52, und vom 11.11.2021, Nr. 224.

Der Finanzausschuss hat sich während der Haushaltsberatungen 2022 ausführlich mit dem weiteren Vorgehen zum Neubau des Sportparks Unterföhring befasst. Nach umfangreichen Beratungen ist der Ausschuss zu dem einstimmigen Ergebnis gekommen, dem Gemeinderat zu empfehlen, das Projekt einzustellen. Diese Empfehlung wurde durch den Gemeinderat in der Sitzung vom 11.11.2021, Beschluss-Nr. 224, mit einer Mehrheit von 22:2 Stimmen angenommen.

Aufgrund von Anfragen aus den Fraktionen fand im Mai 2023 ein fraktioneller Austausch zu diesem Thema statt. Die stellv. Kämmerin, Frau Sonja Anwender, hat während dieses Termins erneut darauf hingewiesen, dass eine Realisierung des Projekts derzeit nicht möglich ist. Die kontinuierlich steigenden Baupreise

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

und die zu erwartenden hohen Unterhaltskosten nach Fertigstellung machen dieses Projekt zu einem erheblichen finanziellen Risiko.

Die in der Finanzplanung für den Zeitraum 2023 bis 2026 veranschlagten Investitionen machen bereits eine hohe Rücklagenentnahme erforderlich. Angesichts dieser finanziellen Belastung ist es wichtig, sich auf die Erfüllung der bereits in der Bauphase befindlichen Großprojekte, die eine hohe Priorität für die Kommune haben, zu konzentrieren.

Der Finanzausschuss empfiehlt daher, den Beschluss Nr. 224 vom 11.11.2021 aufzuheben und das Projekt Sportpark Unterföhring in die nächste Legislaturperiode zu verschieben und zu einem späteren Zeitpunkt, unter Berücksichtigung der aktuellen Markttrends in der Baubranche sowie der finanziellen Ressourcen der Gemeinde, erneut zu beraten.

Beschluss: 15 : 3

Der Gemeinderat nimmt die Empfehlung des Finanzausschusses zur Kenntnis und beschließt das Projekt Sportpark Unterföhring in die nächste Legislaturperiode zu verschieben und zu einem späteren Zeitpunkt, unter Berücksichtigung der aktuellen Markttrends in der Baubranche, sowie der finanziellen Ressourcen der Gemeinde, erneut zu beraten.

AZ 9
Finanzen

469 18 **Antrag der Schützengesellschaft "Immergrün" Unterföhring e.V. auf Zuschuss zur Anschaffung einer neuen einheitlichen Vereinstracht**

Mit Schreiben vom 29.06.2023 beantragt die Schützengesellschaft „Immergrün“ Unterföhring e.V. einen Zuschuss in Höhe von 7.562,50 €, was einem Betrag von 151,25 € pro Mitglied entspricht, zur Anschaffung einer neuen einheitlichen Vereinstracht.

Das Antragsschreiben wurde dem Gremium vorab übermittelt.

Die Schützengesellschaft plant die Neuanschaffung der Tracht anlässlich ihres 125-jährigen Jubiläums. Der Zuschuss soll insbesondere der jüngeren Generation zugutekommen und sie dazu ermutigen, sich aktiv im Verein zu engagieren. Angesichts des Nachwuchsmangels in den Vereinen ist es von

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

besonderer Bedeutung, die Teilnahme der Jugend am Vereinsleben zu fördern, um die Traditionen unserer Vereine am Leben zu erhalten.

Gem. Art. 57 Abs. 1 der Bayerischen Gemeindeordnung gehören die Förderung der Jugend und die Erhaltung der örtlichen Kulturpflege zu den Aufgaben einer Gemeinde.

Die Beschlüsse des Gemeinderates Nr. 359 vom 10.12.2009, Nr. 460 vom 10.06.2010, Nr. 170 vom 11.02.2015 und Nr. 947 vom 09.10.2019, in denen bereits Zuschüsse zwischen 125 € und 500 € pro Mitglied für die Anschaffung von Vereinstrachten gewährt wurden, wurden als Entscheidungsgrundlage für den aktuellen Antrag herangezogen.

Nach ausführlicher Prüfung des Antrags durch die Verwaltung und Berücksichtigung der genannten Gründe schlägt die Verwaltung vor, den von der Schützengesellschaft „Immergrün“ beantragten Zuschuss in Höhe von 7.562,50 € zu gewähren.

Die Auszahlung erfolgt nach Vorlage der entsprechenden Rechnung.

Die überplanmäßige Ausgabe ist auf der Haushaltsstelle 34000.7010 (Heimatspflege; Zuschüsse) zu verbuchen.

Beschluss: 18 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Antrag der Schützengesellschaft „Immergrün“ Unterföhring e.V. auf einen Zuschuss zur Anschaffung einer neuen einheitlichen Vereinstracht zur Kenntnis und beschließt, den beantragten Zuschuss in Höhe von 7.562,50 € zu gewähren. Die Auszahlung erfolgt nach Vorlage der entsprechenden Rechnung.

Die zu erwartende überplanmäßige Ausgabe ist auf der Haushaltsstelle 34000.7010 (Heimatspflege; Zuschüsse) zu verbuchen.

AZ 1340
Finanzen

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

470 18 **Antrag des Fördervereins Soziale Dienste Unterföhring e.V. (FSD) auf finanzielle Unterstützung für die Feierlichkeiten zum 20-jährigen Vereinsjubiläum**

Mit Schreiben vom 10.07.2023 hat der Förderverein Soziale Dienste Unterföhring e.V. (FSD) eine finanzielle Unterstützung für die Feierlichkeiten anlässlich seines 20-jährigen Vereinsjubiläum beantragt.

Das Antragsschreiben wurde dem Gremium bereits vorab übermittelt.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten für die Feierlichkeiten, die vom 30.09. bis 01.10.2023 stattfinden werden, belaufen sich auf ca. 18.117,70 €.

Der Bürgermeister verweist auf den Gemeinderatsbeschluss Nr. 157 vom 15.01.2009, mit dem festgelegt wurde, dass örtliche Vereine und Organisationen lediglich zu klassischen Jubiläen von 25, 50, 75, 100 Jahren usw. finanziell unterstützt werden sollen.

Allerdings wurden in der Vergangenheit ähnliche Anträge anderer Vereine und Organisationen zur finanziellen Unterstützung bei Festlichkeiten, auch unabhängig von Jubiläen bzw. bei nicht-klassischen Jubiläen, bewilligt.

Der FSD ist seit zwei Jahrzehnten eine bedeutende Stütze des Unterföhringer Gemeindelebens und hat sich durch vielfältige soziale Dienste und Angebote verdient gemacht.

Unter Berücksichtigung der wichtigen Rolle des FSD, der Würdigung des Engagements der Ehrenamtlichen, welches in der heutigen Zeit leider immer seltener wird, und unter Beachtung der bisherigen Förderpraxis, erscheint ein Zuschuss bis zu einem nachweislichen Defizit von 4.000 € als angemessen.

Die Auszahlung erfolgt nach Vorlage der entsprechenden Rechnungen.

Die zu erwartende überplanmäßige Ausgabe ist auf der Haushaltsstelle 47000.7010 (Wohlfahrtspflege; Zuschüsse an karitative Einrichtungen) zu verbuchen.

Beschluss: 18 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Antrag des Fördervereins Soziale Dienste Unterföhring e.V. (FSD) auf finanzielle Unterstützung für die Feierlichkeiten anlässlich seines 20-jährigen Bestehens sowie die im Sachverhalt genannte

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Begründung zur Kenntnis und stimmt einem Zuschuss bis zu einem nachweislichen Defizit von 4.000 € zu.

Die Auszahlung erfolgt nach Vorlage der entsprechenden Rechnungen.

Die zu erwartende überplanmäßige Ausgabe ist auf der Haushaltsstelle 47000.7010 (Wohlfahrtspflege; Zuschüsse an karitative Einrichtungen) zu verbuchen.

AZ 1340
Finanzen

471

18

Empfehlung aus dem Umwelt-, Digital- und Energieausschuss: Aktualisierung der Richtlinien des Energiesparförderprogramms

Der Erste Bürgermeister weist darauf hin, dass der Umwelt-, Digital- und Energieausschuss in der Sitzung vom 24.07.2023, Beschluss-Nr. 53, beschlossen hat, dem Gemeinderat eine Beschlussempfehlung dahingehend auszusprechen, das Energiesparförderprogramm der Gemeinde Unterföhring wie folgt anzupassen:

	Bisher	Neu
1.2	Die Zuschüsse gelten nur für das gesamte Wohngebäude und nicht für einzelne Wohnungen, ausgenommen Punkt 2.2.2., steckerfertige PV-Anlagen – die Zuschüsse für eine steckerfertige PV-Anlage gelten pro Wohnung.	<i>neu einfügen:</i> Bei Reihenhäusern pro Wohneinheit (Grundbucheintrag)
2.3	- die steckerfertigen PV-Anlagen den Sicherheitsstandard der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS) erfüllen. (...)	- die steckerfertigen PV-Anlagen den Sicherheitsstandard der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS) erfüllen. Hierzu ist bei Antragstellung eine entsprechende Selbsterklärung durch den Antragsteller auszufüllen. (...)
2.3		<i>neu einfügen:</i> - Maßnahmen die dem Baumschutz widersprechen sind von der Förderung ausgeschlossen (Die Errichtung einer Anlage darf nicht zu Lasten der geschützten, vorherrschenden Vegetation gehen.)

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

2.3		<i>neu einfügen:</i> steckerfertige PV-Anlagen mit Speicher sind unter den selben Voraussetzungen wie bei der Nachrüstung von Speichern bei PV-Anlagen förderfähig.
-----	--	---

Bis die aktualisierte Förderrichtlinie in Kraft tritt, werden bei eingehenden Förderanträgen weiterhin die derzeit gültigen Förderrichtlinien Stand 01.04.2023 angewendet.

Aktuell liegen drei Anträge vor, deren Bearbeitung aufgrund der anstehenden Änderungen des Förderprogramms bis nach der Gemeinderat-Beschlusslage zurückgestellt wurde, und die erst nach Inkrafttreten der neuen Förderrichtlinien abschließend bearbeitet werden.

Dem Gremium wurde das aktuell gültige Energiesparförderprogramm Stand 01.04.2023 zugestellt.

Beschluss: 18 : 0

Das Gremium folgt der Empfehlung des Umwelt-, Digital- und Energieausschusses vom 24.07.2023, Nr. 53, die vorgelegten Änderungen der Energiesparförderprogramm – Richtlinie (Stand 11.07.2023) zu beschließen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderrichtlinie entsprechend zu überarbeiten.

Die Richtlinie erhält den Stand 14.09.2023. Die Änderungen treten rückwirkend zum 01.07.2023 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Energiesparförderprogramm-Richtlinie, Stand 01.04.2023, außer Kraft.

AZ 86
Bauamt

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

472

18

Definition der Bedürftigkeit im Zuge der Gewährung von Weihnachtszuwendung und Gutscheinen für Schulbedarf; aktueller Sachstand und weiteres Vorgehen

Der Vorsitzende bringt die Beschlüsse des Gemeinderats Nr. G859 v. 08.02.2007, Nr. 81 vom 18.09.2008 sowie Nr. 672 vom 14.09.2011 in Erinnerung.

Aktuell werden durch die Gemeinde einerseits Wertgutscheine als Weihnachtszuwendung und andererseits für Kinder von sozial schwachen bzw. bedürftigen Familien Gutscheine für den Schulbedarf ausgegeben.

Die sogenannte **Weihnachtszuwendung** erhalten (neben Unterföhringer Senioren ab dem 70. Lebensjahr und Personen mit Schwerbehindertenausweis mit dem Grad 100) folgende Unterföhringer Bürgerinnen und Bürger (mit Hauptwohnsitz in Unterföhring):

- Leistungsempfänger nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende -> Bürgergeld)
- Leistungsempfänger nach SGB XII (u.a. Hilfe zum Lebensunterhalt; Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung; Hilfe in anderen Lebenslagen)
- Leistungsempfänger nach dem AsylbLG (Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerbergesetz)

Die **Schulgutscheine** erhalten folgende Unterföhringer Bürgerinnen und Bürger (mit Hauptwohnsitz in Unterföhring; je Schulkind vorbehaltlich der Vorlage einer Schulbescheinigung;

Kind in der ersten Klasse 150 €,

Kind in der zweiten bis vierten Klasse 80 €,

Kind in der fünften Klasse 200 €,

Kind in der sechsten und weitere Klassen 100 €,

Abschlussklasse zusätzlich 50 €):

- Leistungsempfänger nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende -> Bürgergeld)
- Leistungsempfänger nach SGB XII (u.a. Hilfe zum Lebensunterhalt; Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung; Hilfe in anderen Lebenslagen)
- Leistungsempfänger nach dem AsylbLG (Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerbergesetz)
- Wohngeldempfänger
- Empfänger Kinderzuschlag

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Diese beiden gemeindlichen Zuwendungen sind freiwillige Leistungen für sozial schwache oder benachteiligte Personen/Familien.

In den vergangenen beiden Jahren wurden folgende Gutscheine ausgegeben:

Weihnachtszuwendung

(ohne Senioren und Personen mit Schwerbehindertenausweis):

2021 – 172 Stück

2022 – 222 Stück (u.a. Zuzug Flüchtlinge)

Schulgutscheine:

2020 / 2021 – 2 x 100 € / 7 x 50 €

2022 / 2023 – 7 x 100 € / 9 x 50 € (von 16 Gutscheinen wurden 12 eingelöst)

Alle Leistungsempfänger mit schulpflichtigen Kindern erhalten jährlich (automatisch oder auf Antrag) eine Zuwendung für Schulbedarf unter dem Überbegriff Bildung und Teilhabe. Gefördert wird hier Schulbedarf pauschal in Höhe von aktuell 174 €. Davon werden 116 € am Schuljahresbeginn und 58 € zum zweiten Halbjahr ausbezahlt.

Um eine Anrechnung an das Leistungsentgelt zu vermeiden, hat sich die Gemeinde in der Vergangenheit bewusst für Gutscheine entschieden. Diese Schulgutscheine der Gemeinde werden jedoch fast nicht angenommen, obgleich der Verwaltungsaufwand im Verhältnis hoch ist.

Die Verwaltung schlägt daher vor, künftig ab dem Schuljahr 2024/2025 allen Erstklässlern mit Hauptwohnsitz in Unterföhring einen Schulgutschein in Höhe von 50 € zu schenken, ungeachtet eines eventuellen Leistungsbezuges. Bei durchschnittlich 5 ersten Klassen á maximal 24 Kindern wären das jährlich 6.000 €.

Aus Sicht der Verwaltung sollte am Empfängerkreis der Weihnachtszuwendung nichts verändert werden.

Es ist jeweils ein entsprechender Nachweis (aktuell gültiger Leistungsbescheid; Schwerbehindertenausweis, etc.) sowie ein entsprechender Identitätsnachweis vorzulegen.

Beschluss: 18 : 0

Der Gemeinderat legt folgendes fest:

Die **Schulgutscheine** für Leistungsempfänger nach SGB II, SGB XII und AsylbLG werden künftig nicht mehr ausgegeben. Gleichzeitig soll ab dem Schuljahr 2024/2025 allen Erstklässlern mit Hauptwohnsitz in Unterföhring zum

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Schulbeginn einen Schulgutschein in Höhe von 50 € geschenkt werden, ungeachtet eines eventuellen Leistungsbezuges.

Der Beschluss Nr. 672 vom 14.09.2011 wird hiermit aufgehoben.

Die **Weihnachtszuwendung** erhalten folgende Personen mit Hauptwohnsitz in Unterföhring:

- Leistungsempfänger nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende -> Bürgergeld)
- Leistungsempfänger nach SGB XII (u.a. Hilfe zum Lebensunterhalt; Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung; Hilfe in anderen Lebenslagen)
- Leistungsempfänger nach dem AsylbLG (Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerbergesetz)
- Senioren ab dem 70. Lebensjahr
- Personen mit Schwerbehindertenausweis mit dem Grad 100

Es ist jeweils ein entsprechender Nachweis (aktuell gültiger Leistungsbescheid; Schwerbehindertenausweis, etc.) sowie ein entsprechender Identitätsnachweis vorzulegen.

AZ 2000
Hauptamt

473

19

Grundschule an der Mitterfeldallee; Genehmigung der außerplanmäßigen Mittel für Organisation des Schulbetriebes durch Zusammenführung der beiden Schulstandorte und Umzug MiB

Das Gemeinderatsmitglied Frau Schödl hat zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist das Gemeinderatsmitglied Herr Stefan Zehetmair zur Sitzung erschienen und hat sich fortan an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Der Erste Bürgermeister erläutert kurz den Sachverhalt und verweist in diesem Zusammenhang auf den an den Gemeinderat weitergeleiteten Elternbrief vom 22.06.2023 und die Email des Sachgebiets für Familien und Soziales vom 28.06.2023. Diese wurden dem Gremium zugestellt.

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Seitens der Verwaltung wurde dieser Umzug unterstützt. Hierfür wurden folgende außerplanmäßige Kosten durch die Verwaltung beauftragt:

Umzugskosten	Transportservice Adam	Brutto € 14.970,20	zzgl. Leihkosten Umzugskartons, Verpackung, Aufkleber	46500.6589 21100.6589 21111.6589
Wärmebehälter MiB	Profishop GmbH	Brutto € 4.065,75		21111.9351
	Grimm Gastronomiebedarf GmbH	Brutto € 3.508,12		21111.9351
Mobiliar MiB	8 x Schulranzenregal Fa. Dusyma	Brutto € 4.530		21111.9351
	4 x Hochschrank 5 Fächer FA. Betzold	Brutto € 2.860		21111.9351
	4 x Hochschrank Pro 24 Boxen FA. Betzold	Brutto € 4.132		21111.9351
	4 x Hochschrank Halbtüre Fa. Betzold	Brutto € 2.820		21111.9351
Gymnasium	Scan-Station	Netto € 1.409,00		23010.9420
	Stehpult	Netto € 99,99		23010.5200

Bei diesen Kosten handelt es sich um überplanmäßige Ausgaben und müssen gemäß der Geschäftsordnung-Gemeinderat 2020-2026 vom Gemeinderat genehmigt werden.

Beschluss: 18 : 0

Der Gemeinderat nimmt den aktuellen Sachstand, der außerplanmäßigen Mittel für Organisation des Schulbetriebes durch Zusammenführung der beiden Schulstandorte und Umzug MiB zur Kenntnis und genehmigt bei den jeweiligen Haushaltstellen die entstandenen außerplanmäßigen Kosten.

AZ 0241
Hauptamt

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

474

19

1. Änderung des Flächennutzungsplans Unterföhring - Teil A Windkraft; aktueller Sachstand und weiteres Vorgehen

Der Planentwurf zur 1. Änderung des Flächennutzungsplanes Unterföhring – Teil A Windkraft, in der Fassung vom 20.04.2023, lag in der Zeit vom 17.05.2023 bis einschließlich 19.06.2023 im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB aus. Die Träger öffentlicher Belange hatten vom 17.05.2023 bis 19.06.2023 gemäß § 4 Abs. 1 BauGB die Möglichkeit Anregungen vorzubringen.

Der Vorsitzende informiert dahingehend, dass die Unterlagen für die öffentliche Auslegung auf der Homepage der Gemeinde Unterföhring eingestellt sind und unter folgendem Link abgerufen werden können:
<https://www.unterfoehring.de/bauen-wirtschaft/bauen/bauleitplanung.html>

Im Rahmen der Beteiligung von Bürgern wurde von folgender Bürgerin Hinweise bzw. Anregungen vorgebracht:

- Frau Birgit Matthäus, Unterföhring

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben eine Stellungnahme abgegeben:

- Regierung von Oberbayern – Landes- und Regionalplanung mit Höherer Naturschutzbehörde (HNB)
- Regierung von Oberbayern – Luftamt Südbayern
- Landratsamt München – Bauen
- Landratsamt München – Immissionsschutz, staatliches Abfallrecht und Altlasten
- Landratsamt München – Naturschutz, Erholungsgebiete, Landwirtschaft und Forsten (UNB)
- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Ebersberg-Erding
- Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
- Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung
- Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
- Eisenbahn-Bundesamt
- Energieagentur Ebersberg-München gGmbH
- Gemeinde Aschheim
- Staatliches Bauamt Freising
- Wasserwirtschaftsamt München
- Ramsar-Arbeitsgruppe Ismaninger Teichgebiet der Ornithologischen Gesellschaft in Bayern e.V.

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Landesbund für Vogel- und Naturschutz in Bayern e.V. (LBV)
- DFS Deutsche Flugsicherung GmbH
- Bayernwerk Netz GmbH
- Deutsche Bahn AG
- DB Energie GmbH
- SWM Services GmbH

Die eingegangenen Stellungnahmen wurden dem Gemeinderat zugestellt.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Regierung von Oberbayern - Landes- und Regionalplanung mit Höherer Naturschutzbehörde mit Schreiben vom 15.06.2023, das Landratsamt München - Naturschutz, Erholungsgebiete, Landwirtschaft und Forsten mit Schreiben vom 06.06.2023, die Energieagentur Ebersberg-München gGmbH mit Schreiben vom 31.05.2023, die Ramsar-Arbeitsgruppe Ismaninger Teichgebiet der Ornithologischen Gesellschaft in Bayern e.V. mit Schreiben vom 09.02.2023 und der Landesbund für Vogel- und Naturschutz in Bayern e.V. mit Schreiben vom 06.06.2023 erhebliche Einwände im Rahmen der Auslegung der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes Unterföhring – Teil A Windkraft vorgebracht haben. Es wird mitgeteilt, dass der Speichersee, sowie angrenzende Flächen, als SPA-Gebiet (EU-Vogelschutzgebiet, engl. SPA für Special Protection Area) sowie im südlichen Randbereich als FFH-Gebiet (Flora-Fauna-Habitat-Gebiet) Teil des kohärenten (Schutzgebiets-) Netzes Natura 2000 ausgewiesen ist und zudem ein Ramsar-Gebiet (Feuchtgebiet internationaler Bedeutung) ist. Darüber hinaus ist ein südlicher Teilbereich als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Es ist eines der drei bedeutendsten europäischen Mauergebiete für Wasservögel in Mitteleuropa. Bei einem Termin mit der Energieagentur Ebersberg-München am 29.03.2023 wurde von der höheren und unteren Naturschutzbehörde ein Mindestabstand von 2,5 km um das Vogelschutzgebiet als aus fachlicher Sicht erforderlich festgelegt. Ein Mindestabstand von 2,5 km kann nach aktuellem Kenntnisstand mit hinreichender Sicherheit eine erhebliche Beeinträchtigung des SPA-Gebietes ausschließen. Der Abstand ist von der Grenze des Vogelschutzgebietes aus einzuhalten.

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Gemeinderates vom 20.04.2023, Nr. 418, mit welchem die 1. Änderung des Flächennutzungsplans Unterföhring – Teil A Windkraft, in der Fassung vom 20.04.2023, dem Grunde nach gebilligt wurde. Zum Zeitpunkt der Beschlusslage war der Gemeinde keine Stellungnahme von Behörden (Regierung, Untere Naturschutzbehörde, etc.) bekannt. Erst mit der formellen Auslegung des Flächennutzungsplanes – Windkraft – wurden rechtlich zu behandelnde Stellungnahmen vorgelegt.

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Im Anschluss an die Beteiligung der Träger öffentliche Belange, hat die Gemeinde aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen, rechtliche Erläuterungen und Stellungnahmen eingeholt.

Das Büro Team 4 Bauernschmitt Wehner Landschaftsarchitekten + Stadtplaner PartGmbH, Nürnberg, teilte am 01.09.2023 mit, dass *die vorgebrachten Einwände der Naturschutzbehörden und -verbände bzgl. des Ramsar- und Natura2000-Gebiets „Ismaninger Speichersee und Fischteiche“ bzgl. des Artenschutzes erheblich und ohne eine FFH-/SPA-Verträglichkeitsprüfung nicht abwägar sind. Artenschutzbelange sind zwar auf der strategischen Ebene der Flächennutzungsplanung i.d.R. nicht detailliert zu erheben, da Brutnachweise von kollisionsgefährdeten Vogelarten wechseln und nicht dauerhaft sind. Eine konkrete Zulassung von Windkraftanlagen wird meist erst in einigen Jahren erfolgen. Bis dahin sind alle Untersuchungen veraltet und in den nicht beeinträchtigten Bereichen der Konzentrationszonen ohnehin überflüssig. Für die Prüfung und abschließende Regelung eines kurzzeitig fluktuierenden Belangs wie den artenschutzrechtlichen Zugriffsverboten ist die langfristig ausgerichtete Perspektive der Bauleitplanung grundsätzlich kein geeigneter Rahmen. Artenschutzfachlich zielführender ist hingegen eine Konfliktvorsorge durch Ausschluss artenschutz- und naturschutzfachlich grundsätzlich wertvoller oder sensibler Gebiete. Dies ist im vorliegenden Fall nicht gegeben, im vorliegenden Fall verhält es sich anders: Der Speichersee und die Fischteiche sind ein ortsfestes und dauerhaft bleibendes hochwertiges Habitat. Es wird eine deutliche Verschlechterung der Schutzziele des Naturs 2000-Gebiets befürchtet. Grund sind die jährlich wiederkehrenden und massiven Zugvogelbewegungen vom und zum See. Unkritisch wären Anlagen erst ab einer Entfernung von mind. 2,5 km. Die mögliche Konzentrationszone in Unterföhring wäre weniger als einen Kilometer entfernt. Geeignete alternative Flächen mit entsprechenden Abständen im Gemeindegebiet liegen leider nicht vor. Eine FFH-Verträglichkeitsabschätzung hat die Behörde im Prinzip bereits erstellt: Erhebliche Beeinträchtigungen können nicht ausgeschlossen werden. Es wird eine FFH-Verträglichkeitsprüfung gefordert. Hierzu wäre ein geeignetes Fachbüro, vorteilhafterweise mit Kenntnissen des Raumes und des Vogelschutzgebietes, einzuschalten. Der notwendige Untersuchungsrahmen wäre mit der Unteren und Höheren Naturschutzbehörde abzustimmen. Anschließend kann der erforderliche Zeit- und Kostenaufwand ermittelt werden. Ggf. kann das Ergebnis dieser Prüfung auch eine maximale verträgliche Anlagenhöhe ergeben. Ohne die FFH-Verträglichkeitsprüfung ist es unwahrscheinlich, dass das Landratsamt den Flächennutzungsplan genehmigt.*

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Ggf. sind auch ohne Flächennutzungsplan einzelne Windräder gern. den Ausnahmen von der 10H-Regelung der BayBO möglich, sofern die FFH-Prüfung dies zulässt.

Die Stellungnahme des Büro Team 4 Bauernschmitt Wehner Landschaftsarchitekten + Stadtplaner PartGmbH, vom 01.09.2023 wurde dem Gemeinderat zugestellt.

Auf Anfrage der Gemeinde bei der Rechtsanwältin Frau Katharina Bader und Rechtsanwalt Herrn Dr. Wust bzgl. einer juristischen Einschätzung, zu den Einwendungen der Naturschutzbehörden und -verbände, wurde mit E-Mail vom 23.08.2023 mitgeteilt, dass als Fazit eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchzuführen ist. Die vollständige juristische Einschätzung (E-Mail) vom 23.08.2023 wurde dem Gemeinderat zugestellt.

Der Bürgermeister weist daraufhin, dass am 29.03.2023 ein Behördengespräch mit der unteren Naturschutzbehörde (Landratsamt München) und einigen Gemeinden stattgefunden hat. Dort wurde ein Mindestabstand von 2,5 km um das Vogelschutzgebiet aus fachlicher Sicht erforderlich festgelegt. Die Gemeinde Unterföhring wurde zu diesem Gespräch nicht beigezogen und hat erst im Zuge der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, durch einen Hinweis in der Stellungnahme des Landratsamtes München, darüber Kenntnis erlangt.

Beschluss: 13 : 6

Das Gremium nimmt die eingegangenen Stellungnahmen, die Ausführungen des Büros Team 4 Bauernschmitt Wehner Landschaftsarchitekten + Stadtplaner PartGmbH, Nürnberg, vom 01.09.2023, sowie die juristische Einschätzung der Rechtsanwältin Frau Katharina Bader i.Z.m. Rechtsanwalt Herrn Dr. Bernd Wust vom 23.08.2023 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung eine FFH-Verträglichkeitsprüfung für das vorliegende Gebiet zu beauftragen. Die Ergebnisse sind dann dem Gemeinderat vorzulegen.

AZ 6100
Bauamt

475

19

Sanierung Sportpark Isarau Unterföhring, Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben für die Gesamtmaßnahme

Der Erste Bürgermeister erläutert den Sachverhalt und führt hierzu aus, dass durch die Verwaltung im Rahmen der Haushaltsplanungen 2023

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Haushaltsmittel für die Instandsetzung der beiden Gebäudeteile Bergstraße 4 und 4 a angemeldet wurden.

Die angemeldeten Kosten wurden durch die Verwaltung geschätzt. Im Hinblick auf die hohen Reparaturkosten der Gebäudeteile im Bereich der Sanitäranlagen (Extreme Verkalkung der Duschanlagen und Schimmelbildung im Bereich der Umkleiden) ist eine Sanierung angezeigt.

Anlässlich einer Besprechung mit den Vertretern der Vorstandschaft, Frau Schink und Herrn Zivanovic, am 10.05.2023 wurden alle notwendigen Sanierungsarbeiten abgestimmt und besprochen.

Aufgrund der Kostenschätzung und im Hinblick auf die personellen Gegebenheiten innerhalb des Sachgebiets wurde die Bauleitung der umfangreichen Sanierungsarbeiten beschränkt ausgeschrieben. Im Rahmen dieser beschränkten Ausschreibung konnte Frau Daniela Gandl, Unterföhring, für diese Maßnahme gewonnen und beauftragt werden.

Die Kostenschätzung vom 04.09.2023 vom Planungsbüro Gandl beinhaltet folgende notwendige Maßnahmen:

1.0 Sanierung Duschen

Sanierung der Duschräume. Abbau und Erneuerung der Armaturen und des kompletten Leitungssystems in diesen Bereich, incl. der Wandfliesen sowie Austausch der bestehenden Lüfter, Schimmelbehandlung und Malerarbeiten. Die Duschen wurden aktuell kurzfristig wieder gangbar gemacht.

Vorab ist eine Kontrolle der Dämmung unterhalb des Estrichs auf eventuelle Wasserschäden nötig. **Trocknungs- und eventuelle Ausbesserungsarbeiten sind nicht einkalkuliert.**

Bei den jetzigen Entlüftungsgeräten ist ein Frischluftnachschieb erforderlich. Die feuchte und warme Luft wird direkt von den Bädern nach außen transportiert. Ein Lüftungsgerät mit Wärmerückgewinnung zur kontrollierten Be- und Entlüftung müsste in den Umkleiden montiert und die Bäder entsprechend angeschlossen werden.

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

2.0 Umkleidekabinen und Raum zur Physiotherapie

Bereich Heimmannschaften, Spinde für 16 Personen. Überarbeitung der bestehenden Fenster.

Bereich Gastmannschaften, Spinde für 12 Spieler. Austausch der bestehenden Holzfenster.

Erneuerung der Umkleidekabinen incl. neuen Einrichtungen und Malerarbeiten (Wand- und Decke sowie Türen), Abbau und Entsorgung des Bestands.

3.0 Brandschutzmaßnahmen

Einbau von rauchdichten und selbstschließenden Türen zu den abzuschottenden Bereichen. Umbau der bestehenden Fensteröffnungen als Ausstiegsmöglichkeit incl. der nötigen Austrittshilfe

Ein Brandschutzkonzept wurde hierzu beauftragt, liegt aber noch nicht vor

4.0 Sonstiges

Malerarbeiten Flure, nach Abschluss der Umbauarbeiten incl. Die bestehenden Türen zum Angleichen an die Überarbeiteten lackieren. Austausch der Holzfenster.

Neue Außentreppe Zugang Dom, Spenglerarbeiten

4.2 Entkalkungsanlage

Einbau einer Entkalkungsanlage um die vorhandenen Wasserhärte von °dH 13 auf ca. °dH 4 zu reduzieren. Einbau im bestehenden Personalraum

5.0 Außenfassade

Vorhalten eines Fassadengerüsts, Reinigung der gesamten Fassade und Untersichten, Ausbesserungsarbeiten Putzschäden, Untersicht Gebäudeteil Bergstr. 4 einmal einlassen, Holzteile lasieren. Geländer lackieren. Fassadenanstrich auf den Putzflächen.

6.0 Elektroarbeiten

Teilerneuerung der bestehenden Leuchtmittel, Erweiterung der Flurbeleuchtung Bauabschnitt I, Anschlussarbeiten der benötigten Elektrogeräte

7.0 Schließanlage

Erweiterung der bestehenden Salto-Anlage im Gebäude sowie auf den zum Sportgelände gehörenden Nebengebäuden

8.0 Containeranlagen

Auf- und Abbau von 2 Dusch-, 2- Umkleide und 1 WC-Container während der Baumaßnahmen. Anschluss an den bestehenden Kanal

Diese Kostenschätzung beinhaltet nur Sanierungsarbeiten, ansonsten unterliegt die Nutzung und das Gebäude dem Bestandschutz und beläuft sich auf ca. 365.000,- € brutto ohne mechanische Lüftungsanlage. Diese ist mit weiteren 90.000,- € brutto durch die Kostenschätzung vom 04.09.2023

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

(Kostenschätzung wurde dem Gremium zugestellt) durch das Planungsbüro Gandl, Unterföhring, zu veranschlagen. In der Kostenschätzung für die o.a. Ziffern 1 bis 8 ist lediglich der Austausch der manuellen Lüfter im Bestand mit 10.000,- € brutto berücksichtigt. Um erneute Schimmelbildung zu vermeiden ist konsequentes Lüften der Dusch- und Umkleiden sicherzustellen.

Haushaltsmittel wurden hierfür im Rahmen der Haushaltsmittelanmeldung 2023 in Höhe von 280.000,- € brutto als Kostenschätzung der Verwaltung eingestellt und genehmigt.

Die Verwaltung schlägt vor, im Hinblick auf die Realisierung des Sportparks an der Mitterfeldallee und dem aktuellen Zeitplan alle Maßnahmen inkl. der mechanischen Lüftungsanlage an der Bergstraße einzubauen.

Hierfür wird eine Budgeterhöhung von 270.000,- € brutto um 175.000,- € brutto (inkl. 90.000,- € brutto) auf insgesamt 445.000,- € brutto benötigt und könnte im Rahmen der Haushaltsmittelanmeldungen 2024 vorgesehen werden vorbehaltlich der Zustimmung durch den Gemeinderat.

Beschluss: 19 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Sachstand zustimmend zur Kenntnis und stimmt einer Budgeterhöhung bei der HHSt. 56110.5020 in Höhe von 85.000,- € brutto (ohne den Einbau der mechanischen Lüftungsanlage) zu.

Einem Einbau einer mechanischen Lüftungsanlage von geschätzten 90.000,- € brutto wird zugestimmt.

Die entsprechenden Haushaltsmittel in Höhe von 175.000,- € brutto werden in die Haushaltsplanungen entsprechend für 2024 zusätzlich mit aufgenommen. Die Verwaltung wird ermächtigt alle notwendigen Vorbereitungen für Umsetzung 2023/2024 in die Wege zu leiten.

AZ 622
Bauamt

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

477 19 **Änderungsbebauungsplan Nr. 74a/16, Kleingewerbegebiet östlich der Beta-Straße; Satzungsbeschluss**

Der Planentwurf zur Aufstellung des Änderungsbebauungsplans Nr. 74a/16, Kleingewerbegebiet östlich der Beta-Straße, in der Fassung vom 27.09.2022, nach § 30 BauGB, lag in der Zeit vom 16.12.2022 bis einschließlich 17.01.2023 im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB aus. Die Träger öffentlicher Belange hatten vom 16.12.2022 bis einschließlich 17.01.2023 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Möglichkeit eine Stellungnahme abzugeben.

Im Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB wurden keine Hinweise und Anregungen vorgebracht, die eine weitere Auslegung erforderlich machen. Der Änderungsbebauungsplans Nr. 74a/16, Kleingewerbegebiet östlich der Beta-Straße, kann somit als Satzung beschlossen werden.

Die Abwägungsbeschlüsse gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 und § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 27.09.2022, Nr. 238, und vom 06.07.2023, Nr. 306, sind hier als Anlage beigelegt.

In diesen Beschlüssen sind die im Rahmen der Beteiligungsverfahren vorgebrachten Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie der Gemeindeverwaltung wiedergegeben sowie deren Behandlung durch den Ausschuss, d.h. die Ergebnisse der Prüfung des Ausschusses samt dessen Erwägungen, aus denen der Ausschuss den Stellungnahmen gefolgt bzw. nicht gefolgt ist, enthalten.

Die gesamten Bebauungsplanunterlagen, Stand 06.07.2023, wurden dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Beschluss: 19 : 0

Die im Planaufstellungsverfahren vorgebrachten Stellungnahmen sowie deren Behandlung durch den Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss gemäß Beschlüssen vom 27.09.2022, Nr. 238, und vom 06.07.2023, Nr. 306, werden vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Die vom Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss getroffenen Einzel- und Gesamtbeschlüsse werden vom Gemeinderat nach Prüfung und Gesamtabwägung aller abwägungsrelevanten Umstände inhaltlich vollumfänglich bestätigt. Der Gemeinderat macht sich die Erwägungen des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses ausdrücklich zu Eigen.

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Entwurf des Änderungsbebauungsplans Nr. 74a/16, Kleingewerbegebiet östlich der Beta-Straße, in der Fassung 06.07.2023 wird als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan erhält das Fassungsdatum 14.09.2023.

Das Verfahren gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist durchzuführen.

AZ 6100
Bauamt

478

19

Feststadl Unterföhring, Erfahrungsbericht nach einem Jahr Betrieb und Anpassung der Benutzungs- und Entgeltordnung

Der Erste Bürgermeister erläutert kurz den Sachverhalt und führt aus, dass der Feststadl im ersten Betriebsjahr mit 53 Veranstaltungen gut angenommen wurde. Im Hinblick auf die Fragen und Anregungen der bisherigen Nutzer ergibt für die Verwaltung folgender Optimierungsbedarf:

A. Terminreservierung (Benutzungsordnung §2 Ziffer 2)

In der Benutzungsordnung unter §2 Ziffer 2 ist die Terminreservierung für

- Unterföhringer Vereine (bis 30.10),
- Unterföhringer Privatpersonen (01.11-30.11)
- und die freie Terminvergabe (ab 01.12)

für das Folgejahr geregelt.

Die Terminreservierung stellt insbesondere für Unterföhringer Vereine oftmals bei rechtzeitiger und intensiver Planung für Technik und Eventthemen ein zeitliches Problem dar.

Bereits mit Email vom 07.05.2023 bat der Burschenverein um eine Terminreservierung für das 1. Quartal 2024. Die Email wird bekannt gegeben.

Selbst private Nutzer mussten auf den Zeitrahmen von 01.11.-30.11. vertröstet werden. Bereits mit Email vom 03.04.2023 bat Herr Axenbeck um eine Terminreservierung für das 1. Quartal 2024. Die Email wird bekannt gegeben.

Zur damaligen Beschlussfindung wurde aus der Mitte des Gemeinderats angeregt, dass im Rahmen einer Vereinsvorstandesitzung im September eines jeden Jahres, die kommende Termine eingereicht werden. Bis zur

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschlusserstellung gab es noch keine Termine für die Vereinsvorstandesitzung im September.

Letztlich nimmt das Landestraf- und Verordnungsgesetz, kurz LSTVG-Genehmigungsverfahren, gerade bei Veranstaltungen mit kostenpflichtigem Eintritt einen gewissen Zeitrahmen in Anspruch.

Seitens der Verwaltung wird deshalb vorgeschlagen, dass der Termin für Vereinsveranstaltungen auf das 1. Halbjahr terminiert wird, spätestens jedoch vor Sommerpause. Hier können ALLE bereits geplanten Termine für alle Vereine für alle Folgejahre (z.B. 31.10.2023 Anmeldung für alle Folgejahre 2024, 2025, ff) reserviert werden. Bei Terminüberschneidung wird durch die Verwaltung gemeinsam mit der Vereinsgeschäftsstelle vermittelt analog Hallenbelegungszeiten.

Zum Zeitrahmen von 01.11. – 30.11. wird auch die Terminreservierung für Unterföhringer Bürger*innen auf alle Folgejahre ausgedehnt.

Terminreservierung für Bürger*innen, welche ihren Wohnsitz außerhalb Unterföhrings haben, gilt weiterhin die Regelterminierung auf nur 1 Folgejahr.

B. Terminreservierung an hohen (stillen) Feiertagen (**Entgeltordnung §2 Ziffer 2**)

In der Entgeltordnung unter §2 Ziffer 2 ist festgehalten, dass Veranstaltungen an hohen (stillen) Feiertagen als Ausnahme zu beantragen sind, hierfür können abweichende Vergütungen und weitere Regelungen bestimmt werden. Jedoch gibt es hierzu keine Regelungen.

Bereits mit Nachricht vom 03.09.2023 bat Hr. Spitzweg um eine Terminreservierung für den 31.12.2024.

Hierfür ist folgendes zu beachten:

1. Stille Feiertage gemäß gesetzlicher Regel sind:

- Karfreitag
- Aschermittwoch
- Gründonnerstag
- Allerheiligen 01.11.
- Volkstrauertag (3. Sonntag im November)
- Buß- und Bettag (3. Mittwoch im November)
- Totensonntag 26.11.2023
- Heiligabend 24.12.

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Hier sind öffentliche (entgeltpflichtige) Veranstaltungen untersagt und nicht zu genehmigen.

Abweichende Veranstaltungstage vor stillen Feiertagen sind bei öffentlichen Veranstaltungen nicht zu buchen.

1.1 Für private Veranstaltungen (z.B. Geburtstag, usw.) gilt gesetzlich keine Einschränkung. Lediglich bei überhöhter Lärmbelästigung ist bei Anzeige (z.B. durch Nachbar) mit einem Bußgeld zu rechnen. In diesem Sonderfall gilt Ziffer 1.

Private Veranstaltungen sind deshalb analog stillen Feiertagen (Regelung Ziffer 1 z.B. Karsamstag, Pfingstsonntag, Tag der deutschen Einheit) nicht zu buchen.

2. Veranstaltungen an übrigen nicht stillen Feiertagen (z.B. Silvester)
Aktuell gilt gemäß §2 Ziffer 2 der Entgeltordnung, dass für Veranstaltungen an diesen Feiertagen abweichende Vergütungen und weitere Regelungen bestimmt werden können (1,5-fache des Nutzungsentgelts).

C. 24h Rufbereitschaft / Belegung (**Entgeltordnung §2 Ziffer 1**)

Der Gemeinde als Betreiberin obliegt die Betreiberverantwortung.
Grundsätzlich kann diese auf externe Dienstleister übertragen werden. Im Gegenzug dafür müsste jedoch eine 24 stündige Rufbereitschaft bezahlt werden.

Die Entgeltordnung unter §2 Ziffer 1 ist dahingehend zu erweitern, dass grundlegend alle Veranstaltungen (Vereine und private) spätestens um 03:00 Uhr beendet sein müssen. Ausnahmen hiervon müssen grundsätzlich gesondert beantragt werden. Durch diese Regelung könnten die Kosten für die Rufbereitschaft reduziert werden.

Seitens der Verwaltung wird deshalb vorgeschlagen analog der LSTVG-Genehmigung (Sperrzeitverkürzung 02:00 Uhr bzw. 03:00 Uhr) das Veranstaltungsende einer jeden Veranstaltung (Vereine + private Nutzer) auf 02:00 Uhr bzw. 03:00 Uhr festzulegen.

Der restliche Nutzungszeitraum innerhalb der 24h-Regelung ist dann außerhalb der Betriebszeit und somit nicht in einer Rufbereitschaft zu integrieren.

D. Einlagerung Inventar

Für den Feststadl gibt es aktuell 3 Bestuhlungsvarianten (Grundbestuhlung, Biertische im Saal und komplett leer). Wenn die Nutzungsnehmer*innen eine andere Bestuhlungsart wie die Grundbestuhlung wünschen, muss das Inventar

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

komplett ausgeräumt und eingelagert werden. Allerdings gibt es im Feststadl hierzu keine Möglichkeit das Inventar einzulagern.

Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen in der benachbarten Tiefgarage (Jahnstr. 9) ca. 3 Stellplätze für Lagerzwecke mittels einer Gitterbox abzugrenzen.

E. Anhebung bzw. Änderung der 10% Aufwendungspauschale (Entgeltordnung §4 Ziffer 1)

In der Entgeltordnung unter §4 Ziffer 1 wird aktuell geregelt, dass private Nutzer*innen eine 10%-Servicepauschale begleichen müssen.

Bei Änderung der Bestuhlungsvarianten für private Nutzer*innen ist eine 10% Servicepauschale nicht ausreichend.

Hierfür wurden in der Vergangenheit bei Änderungen der Bestuhlungsvarianten rund 700,00 € für Auf- und Abbau aufgewendet.

Im Fall der Änderung der Bestuhlungsvarianten bei privaten Nutzungsnehmer*innen sollte dies künftig nur noch mehr gegen vollen Kostenersatz möglich sein.

Die Benutzungs- und Entgeltordnung, Stand 13.10.2022, ist anzupassen und entsprechend der Vorgaben der GO bekannt zu geben.

Kostenübersicht bisher:

Einnahmen von 05/2022 – 09/2023:	- Vereine:	16.080,42 €
	- Privat:	31.071,77 €

Ausgaben für externer Dienstleister von 05/2022 – 09/2023:	43.914,36 €
--	--------------------

Beschluss: 19 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und stimmt den Änderungen in

der Benutzungsordnung §2 Ziffer 2 und
der Entgeltordnung §2 Ziffer 1, §2 Ziffer 2, sowie §4 Ziffer 1

wie folgt zu:

Benutzungsordnung §2 Ziffer 2

A. Terminreservierung:

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die in §2 Ziffer 2 der Benutzungsordnung geregelten Terminreservierung wird wie folgt angepasst:

- Anfragen für Vereinsveranstaltungen: Hierzu erfolgt im 1. Halbjahr spätestens jedoch zur Sommerpause eine Vereinsvorstandesitzung. Hier können ALLE bereits geplanten Termine für alle Vereine für alle Folgejahre (z.B. 31.10.2023 Anmeldung für alle Folgejahre 2024, 2025, ff) reserviert werden. Bei Terminüberschneidung wird durch die Verwaltung gemeinsam mit der Vereinsgeschäftsstelle vermittelt analog Hallenbelegungszeiten.
- Anfragen für Unterföhringer Bürger*innen: Im Zeitrahmen von 01.11. – 30.11. wird auch die Terminreservierung für Unterföhringer Bürger*innen auf zwei Folgejahre ausgedehnt.
- Terminreservierung für Bürger*innen, welche ihren Wohnsitz außerhalb Unterföhrings haben, gilt weiterhin die Regelterminierung auf nur 1 Folgejahr.

Entgeltordnung §2 Ziffer 2

B. Terminreservierung an hohen (stillen) Feiertagen

Die Entgeltordnung unter §2 Ziffer 2 ist dahingehend anzupassen, dass

1. öffentliche (entgeltpflichtige) Veranstaltungen untersagt und nicht zu genehmigen sind. Abweichende Veranstaltungstage vor stillen Feiertagen sind bei öffentlichen Veranstaltungen nicht zu buchen.

- 1.1. Für private Veranstaltungen Private Veranstaltungen gilt analog den stillen Feiertagen (Regelung Ziffer 1 z.B. Karsamstag, Pfingstsonntag, Tag der deutschen Einheit) nicht zu buchen sind.

Entgeltordnung §2 Ziffer 1

C. 24h Rufbereitschaft / Belegung

Die Entgeltordnung unter §2 Ziffer 1 ist dahingehend zu erweitern, dass grundsätzlich alle Veranstaltungen (Vereine und private) analog der LSTVG-Genehmigung (Sperrzeitverkürzung 02:00 Uhr bzw. 03:00 Uhr) das Veranstaltungsende einer jeden Veranstaltung (Vereine + private Nutzer) auf 02:00 Uhr bzw. 03:00 Uhr festzulegen wird. Ausnahmen hiervon müssen grundsätzlich gesondert beantragt werden.

D. Einlagerung Inventar

Der Gemeinderat stimmt dem Einbau von einer Gitterboxen in der benachbarten Tiefgarage (Jahnstr. 9) ca. 3 Stellplätze für Lagerzwecke zu. Die entsprechenden Kosten sind hierfür im Haushaltsjahr 2024 einzuplanen.

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Entgeltordnung §4 Ziffer 1

E. Anhebung bzw. Änderung der 10% Aufwendungspauschale

Der Gemeinderat stimmt der Anhebung bzw. Änderung der Servicepauschale wie folgt zu:

Anhebung der Servicepauschale um 10% auf 20%.

Bei Änderung der Bestuhlungsvarianten durch die Gemeinde, wird ein Kostenersatz i.H.v. 700,- € erhoben.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Benutzungs- und Entgeltordnung, Stand 13.10.2022, entsprechend der vorgenannten Beschlüsse anzupassen und entsprechend der Vorgaben der Gemeindeordnung (GO) bekanntzugeben.

AZ 622
Bauamt

479 19 **Bekanntgaben / Anfragen**

479 **Bekanntgaben / Anfragen**

19 **BEK 09/2023 Maßnahme zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in der Mitterfeldallee und beim Allguth-Kreisel**

Der Erste Bürgermeister gibt bekannt, dass zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in der Mitterfeldallee im Bereich des Schulcampus zusammen mit der PI26 Ismaning, dem Hauptamt und dem Tiefbauamt festgelegt wurde, dass zur Fahrbahntrennung die Sichtzeichen SZRG „Bischofsmützen“ montiert auf Leitschwellen, in Kürze aufgestellt werden. Mit dem staatlichen Bauamt Freising als Straßenbauträger soll ebenfalls in Kürze über das Aufstellen dieser Bischofsmützen im Bereich des Allgut-Kreisels (St2340) gesprochen werden

AZ 6312
Bauamt

479 **Bekanntgaben / Anfragen**

19 **BEK 09/2023 Dankschreiben der Evang.-Luth. Kirchengemeinde - Rafaelkirche Unterföhring**

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss Nr. 457 vom 13.07.2023, in dem das Gremium den Antrag der Evang.-Luth. Kirchengemeinde beraten und einer Kostenübernahme für die neue Orgel in der Rafaelkirche Unterföhring bis zu einem Betrag von 18.700 € zugestimmt hat.

Sitzung des Gemeinderates vom 14.09.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

In einem Schreiben vom 28.07.2023 bedankte sich Herr Pfarrer Carsten Klingenberg für die großzügige Unterstützung durch die Gemeinde Unterföhring. Gleichzeitig informiert er darüber, dass der Einbau der neuen Orgel für den Zeitraum Ende September/Anfang Oktober vorgesehen ist.

AZ 332
Finanzen

479

19

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Herr Wiswesser - Abwesenheit bis Ende Oktober

Herr Wiswesser teilt dem Gremium mit, dass er aufgrund eines Auslandsaufenthaltes bis Ende Oktober 2023 - nicht an den Sitzungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse teilnehmen kann.

AZ 0241
Hauptamt

Nachdem keine weiteren Anfragen gestellt werden bedankt sich der Vorsitzende bei den Gemeinderatsmitgliedern für die konstruktive Sitzung sowie bei den Zuhörern und der Pressevertreter*innen für ihren Besuch und schließt die Sitzung um 21:30 Uhr.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Felix Kinzinger
Schriftführer